

ANTWORT

AUF AKTUELLE FRAGEN

Was bedrückt die westdeutschen Bauern ?

In Westdeutschland demonstrieren seit Anfang des Jahres Bauern für Recht und soziale Sicherheit. Die Existenzunsicherheit der Bauern wächst, die Verschuldung steigt rapide, die Absatzsorgen werden größer und die Einkommens- und Preisverluste nehmen seit der Getreidepreissenkung ab 1. Juli 1967 zu. Allein im Jahr 1967 wurden laut „Grünem Bericht 1968“ wiederum 25 500 Betriebe unter 20 ha LN ruiniert. Hunderttausende Bauern stehen heute durch die Agrarpolitik der Regierungen von Adenauer bis Kiesinger auf der untersten Stufe der Sozialskala. Die Expansionspolitik der Kiesinger/Strauß-Regierung ist die Ursache für die Verschlechterung der Lage großer Teile der Bauernschaft. Die im Rahmen der Globalstrategie sich verschärfende Tendenz, den Expansions- und Revanchekurs mit Notstandsmaßnahmen im Innern noch zu verstärken und die Machtausdehnung durch Erringung der

Bonner Vorherrschaft in Westeuropa zu erreichen, geht eindeutig auch mehr zu Lasten der Bauernschaft.

Im Oktober 1967 forderte Finanzminister Strauß im Bundestag eine neue agrarpolitische Konzeption, einen grundlegenden Kurswechsel, einen tiefgreifenden Wandel in der Subventionspolitik. Das Monopolkapital und seine Handlanger in Bonn drängen darauf, den EWG-Agrarmarkt vorzeitig zu realisieren und den Konzentrationsprozeß in der westdeutschen Landwirtschaft zu beschleunigen, möglichst kurzfristig die Agrarstruktur auf kapitalistische Unternehmen auszurichten. Dabei sollen die bäuerlichen Produktionszusammenschlüsse dem kapitalistischen Konzentrationsprozeß dienstbar gemacht und mittels weiterer gezielter und gewandelter staatsmonopolistischer Maßnahmen an das System gekettet werden.

Indem der Konzentrationsprozeß nun auch über die ver-

schiedenen Gemeinschaften in der Landwirtschaft gefördert wird, soll gleichzeitig der Absatz landwirtschaftlicher Betriebsmittel belebt und den Konzernen ein weiterer Profitfluß ermöglicht werden. Auch die weitere Verflechtung von Industrie und Landwirtschaft soll auf diesem Wege voranschreiten. So sind es expansive Ziele nach außen und innen und der Drang nach Maximalprofit, die den härteren Kurs bestimmen, der sich in der Landwirtschaft in der Kürzung der landwirtschaftlichen Förderungsmittel um rund 600 Mill. DM in diesem Jahre widerspiegelt.

Diese Konzeption ist auch im Aktionsprogramm der CDU verankert. In den Thesen zum CDU-Parteitag 1968 heißt es, daß der „vertikale Verbund und die überbetriebliche Zusammenarbeit“ einen besonderen Schwerpunkt bilden und die staatlichen Anreize zur Konzentration zu vervollkommen seien. Die SP-Führer haben das erste Agrarstrukturgesetz eingebracht, in dem vorgeschlagen wird, als erste Rate 50 000—60 000 Bauernwirtschaften zu liquidieren, um größere Betriebe schaffen zu können.

„Familienbetrieb“ unaktuell

Seit 1952 wurde zur Schürung der antikommunistischen Hetze und zu Verleumdungen des sozialistischen Weges der Landwirtschaft in der DDR die